

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuß**

59. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. Mai 1999, 11:20 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Klaus-Dieter Müller (SPD)

stellv. Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Gisela Böhrk (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Kläre Vorreiter (CDU)

in Vertretung von Uwe Eichelberg

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

**Weitere Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

**Fehlende Abgeordnete**

Bernd Schröder (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>a) Norddeutsches Hafenkonzert</b>	<b>4</b>
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1189	
	<b>b) Hafenkooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg</b>	
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1960	
	<b>c) Emissionsabhängige Hafengebühren</b>	
	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2116	
<b>2.</b>	<b>Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1373	
<b>3.</b>	<b>Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen</b>	<b>8</b>
	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1783	
<b>4.</b>	<b>Verlagerung von Landesaufgaben auf Dritte</b>	<b>9</b>
	Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1702	
	Antwort der Landesregierung Drucksache 14/2031	
<b>5.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>10</b>
	- <b>Zufahrt zum Fähranleger in Glückstadt</b>	
	- <b>Neubau einer Multifunktionshalle im Ausbildungspark Blanken-</b> <b>see (Umdrucke 14/3334 und 14/3363)</b>	
	- <b>Ortsumgehung Ratzeburg</b>	

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Müller, eröffnet die Sitzung um 11:20 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird nach zuvor einstimmig beschlossener Vertagung der Tagesordnungspunkte Drucksachen 14/1478, 14/1164 und 14/1509, 14/1925, 14/1494, 14/2051 sowie 14/2068 in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Norddeutsches Hafenkonzert**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1189

(überwiesen am 22. Januar 1998)

**b) Hafenkooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/1960

(überwiesen am 26. März 1999 zur abschließenden Beratung)

**c) Emissionsabhängige Hafengebühren**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2116

(überwiesen am 7. Mai 1999)

M Bülck stellt - auch unter Einbeziehung der hierzu geführten Plenardebatte - vor allem die inhaltlichen Schwerpunkte des Berichts der Landesregierung zur Hafenkooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, Drucksache 14/1960, vor. - In der anschließenden Aussprache erwidert er auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch, daß die Gemeinsame Plattform des Bundes und der Küstenländer zur deutschen Seehafenpolitik ein Hafenkonzert sei, das um die Aktivitäten zu ergänzen sein werde, die im Rahmen der Hinterlandanbindung noch zwischen den Häfen diskutiert werden müßten. Die norddeutschen Küstenländer könnten selbstredend nur die Projekte beeinflussen, für die man sozusagen die Planungshoheit habe, und diese dem

Bundesverkehrsminister nach den definierten Kriterien zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan vorschlagen. Bemühen des Landes werde es dabei sein, soviel Infrastruktur wie möglich in die Hinterlandanbindung zu bekommen. Zum Wettbewerb der norddeutschen Häfen mit den ARA-Häfen erklärt M Bülck sodann, daß man sich für die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen einsetzen werde, die zum Beispiel aufgrund der niederländischen Subventionsmaßnahmen sowie insbesondere durch die kostenlose Beförderung von Gütern im Bahnverkehr und durch spezielle Infrastrukturprojekte wie den Bau der Betuwe-Linie eingetreten seien.

Abg. Aschmoneit-Lücke erklärt, soweit sie wisse, gebe es gegen das wettbewerbsverzerrende Verhalten der Niederlande Klagen vor dem EuGH. - M Bülck bestätigt dies; AL Dr. Eggers ergänzt, daß man heute noch nicht sagen könne, wann darüber entschieden werde. Außerdem könne es auch so sein, daß es sich hierbei zunächst um Beschwerden handele, die ja Klagen zunächst vorausgingen. - In der Gemeinsamen Plattform - so fährt AL Dr. Eggers fort - fänden sich auch Aussagen, daß die norddeutschen Küstenländer für eine wettbewerbsneutrale Ausgestaltung des Infrastrukturausbaus einträten. Einzelfälle seien in dieses Vorhaben jedoch nicht mit einbezogen worden, weil die CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung für den Ausbau der Betuwe-Linie auch entsprechende Verträge mit den Niederlanden abgeschlossen habe.

Abg. Schmitz-Hübsch fragt sodann nach dem im Bericht in Aussicht gestellten Konzept für eine umfassende Modernisierung des Lotswesens im Nord-Ostsee-Kanal. - AL Dr. Eggers erklärt, daß in der Tat in der vergangenen Woche ein vom Bundesverkehrsministerium erarbeitetes Papier mit den Küstenländern erstmals diskutiert worden sei, das in Kürze in die Verbandsanhörung gehen solle. Der Bund und die Küstenländer seien sich einig darin, daß zur Verbesserung des Zugangs zu den deutschen Häfen Maßnahmen ergriffen werden müßten. Diese Dinge bedürften nunmehr aber zunächst noch einer Diskussion mit den unmittelbar Beteiligten.

Abg. Schmitz-Hübsch verweist an dieser Stelle auf die von Abg. Kayenburg in der Landtagsdebatte noch einmal angesprochene Forderung, den Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich aufzunehmen. - AL Dr. Eggers betont, daß die Landesregierung nach wie vor den Standpunkt vertrete, daß dieses Thema bei einer Fortentwicklung des Länderfinanzausgleichs in die Überlegungen mit einzubeziehen sein werde.

Zu den Vorlagen spricht der Ausschuß sodann einstimmig folgende Empfehlungen an das Plenum des Landtages aus:

- den Antrag der Fraktion der CDU betr. Norddeutsches Hafenkonzert, Drucksache 14/1189, für erledigt zu erklären;
- den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Emissionsabhängige Hafengebühren, Drucksache 14/2116, in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, in Verhandlungen mit den Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und den anderen norddeutschen Küstenländern über gemeinsame internationale Initiativen zur Einführung von Hafengebührenstaffeln für Schiffe in Abhängigkeit von ihrem Emissionsniveau in den jeweiligen Ostsee- und Nordseehäfen einzutreten.“

Die Beratungen über den Bericht der Landesregierung zur Hafenkooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, Drucksache 14/1960, erklären die Ausschußmitglieder mit der heutigen Erörterung für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1373

hierzu: Umdrucke 14/1886, 14/1968, 14/2133, 14/2134, 14/2180, 14/2736,  
14/2745, 14/2746, 14/2749, 14/2751, 14/2754, 14/2756,  
14/2759 bis 14/2761, 14/2767, 14/2770, 14/2776,  
14/2800, 14/2920

(überwiesen am 26. März 1998 an den **Umweltausschuß**, den Sozialausschuß,  
den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Agraraus-  
schuß)

Ohne weitere Aussprache sprechen die Ausschußmitglieder die Empfehlung an den federführenden Umweltausschuß aus, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag Drucksache 14/1373 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen**

Antrag derFraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1783

(überwiesen am 9. Dezember 1998 an den **Sozialausschuß** und den Wirtschaftsausschuß)

Auf Vorschlag der Antragstellerin, Abg. Aschmoneit-Lücke, spricht der Wirtschaftsausschuß einvernehmlich an den federführenden Sozialausschuß die Empfehlung aus, den Antrag zusammen mit dem im Rahmen der Annahme des Antrages Drucksache 14/2137 zur 34. Tagung des Landtages erbetenen Bericht der Landesregierung zu beraten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Verlagerung von Landesaufgaben auf Dritte**

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1702

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 14/2031

(überwiesen am 24. März 1999 an den **Finanzausschuß**, den Innen- und  
Rechtsausschuß und den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung)

Auf Vorschlag von Abg. Benker kommen die Ausschußmitglieder überein, in die Beratung dieses Tagesordnungspunktes den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1371, zu dem der Wirtschaftsausschuß bereits eine Beschlußempfehlung an den Landtag unterbreitet hat, mit einzubeziehen. Im übrigen wird die Beratung dieses Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

#### **- Zufahrt zum Fähranleger in Glückstadt**

hierzu: Umdruck 14/3341

Die Ausschußmitglieder nehmen hierzu einen Sachstandsbericht entgegen. RL Schunck verdeutlicht dabei, daß Antrag auf Zulassung der Berufung beim OVG Schleswig gestellt worden sei, um grundsätzlich die Frage klären zu lassen, ob der auch an dieser Stelle vom Gesetzgeber beabsichtigte Verfahrensbeschleunigungsvorteil in der Praxis tatsächlich greifen könne.

#### **- Neubau einer Multifunktionshalle im Ausbildungspark Blankensee**

Umdrucke: 14/3334 und 14/3363

RL'in Cremer gibt ihren Sachstandsbericht unter Bezugnahme auf die Ausführungen im Umdruck 14/3363. Sie unterstreicht u. a. noch einmal, daß keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Verlagerung der Überbetrieblichen Ausbildungsstätte in den Ausbildungspark Blankensee bestünden, daß aber dafür die nach wie vor erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sein müßten. Dies sei bis heute nicht der Fall. Hinzukomme, daß das Wirtschaftsministerium auf der Grundlage eines Schreibens der Innung des Baugewerbes an das Bundesinstitut für Berufsbildung vom 3. Mai 1999 aktuell erfahren habe, daß dort „große Hallenflächen, die vom Bundesgrenzschutz bis zum 31. Dezember 1998 genutzt wurden, zurückgehalten“ worden seien. Neben der Verwunderung darüber, daß dieser Sachverhalt dem Wirtschaftsministerium gegenüber von der Baugewerbeinnung nie offengelegt worden sei, äußert RL'In Cremer die Vermutung, daß damit ohnehin Überlegungen in Richtung eines Neubaus einer Multifunktionshalle obsolet seien.

Auf Bitten von Abg. Schmitz-Hübsch sagt RL'in Cremer eine Auflistung der für die Förderung von Berufsbildungsstätten aus der Gemeinschaftsaufgabe für den Bereich Lübeck in den Jahren 1996 bis 1998 zur Verfügung gestellten Mittel zu.

Die Ausschußmitglieder nehmen diese Information einschließlich der Sachverhaltsdarstellung im Umdruck 14/3363 zur Kenntnis.

### **- Ortsumgehung Ratzeburg**

hierzu: Umdruck 14/3342

RL Richter führt aus, daß die Ortsumgehung Ratzeburg tatsächlich in den vordringlichen Bedarf des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen aufgenommen worden sei. Zur planerischen Vorbereitung der Maßnahme sei eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung einer detaillierten Voruntersuchung vorgeschaltet und durchgeführt worden. Insgesamt seien drei Varianten untersucht worden, wobei insbesondere die Ansätze in Richtung Reduzierung des Ausbaustandards und Kosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mehrmals überprüft worden seien.

Ergebnis der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung sei, daß das betrachtete Gebiet eine hohe ökologische Wertigkeit aufweise, daß die verkehrliche Entlastungswirkung durch eine Ortsumgehung als relativ gering einzustufen sei, da der Großteil der Verkehre aus Quell-, Ziel- und Binnenverkehren der Stadt zusammengesetzt sei. Der Anteil des Durchgangsverkehrs betrage heute rund 21 %. Je nach Trassenvariante fielen die Entlastungswirkungen durch A 20 und Ortsumgehung Ratzeburg unterschiedlich aus und lägen zum Beispiel im Bereich der Domininsel, wo die höchste Verkehrsbelastung von 21.000 Kfz/24 h prognostiziert worden sei, zwischen rund 5.500 und 6.500 Kfz/24 h. Des weiteren sei zu sagen, daß die Ortsumgehung mit 1,0 ein niedriges Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweise. Ein Kriterium für die Einstufung in den vordringlichen Bedarf sei bislang jedoch ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 3,0. Bei Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes entscheide letztlich der Bund über die Einstufung der Maßnahme in den vordringlichen und weiteren Bedarf.

Vor dem Hintergrund der bekanntermaßen angespannten Haushaltslage aller Gebietskörperschaften und angesichts des weit unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplanes müsse der Bund den wirtschaftlichen Einsatz der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Finanzmittel prüfen. Bevor für die Ortsumgehung weitere personelle und finanzielle Planungsmittel des Landes eingesetzt werden könnten, sei zu klären, wann mit einer Finanzierung der Maßnahme durch den Bund zu rechnen sei. Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sei deshalb in dieser Angelegenheit vom Verkehrsministerium angeschrieben worden. Bislang habe sich der Bundesverkehrsminister dazu jedoch nicht geäußert.

Abschließend weist RL Richter darauf hin, daß die Bürgerinitiative auch den Eingabenausschuß mit diesem Thema befaßt habe und daß sie sich parallel an die Ministerpräsidentin gewandt habe. Die Stellungnahme der Landesregierung in Richtung Bürgerinitiative - so RL

Richter weiter auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch - gebe die Fakten wieder, die auch vorstehend referiert worden seien.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Müller, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Müller  
stellv. Vorsitzender

gez. Neil  
Geschäfts- und Protokollführer